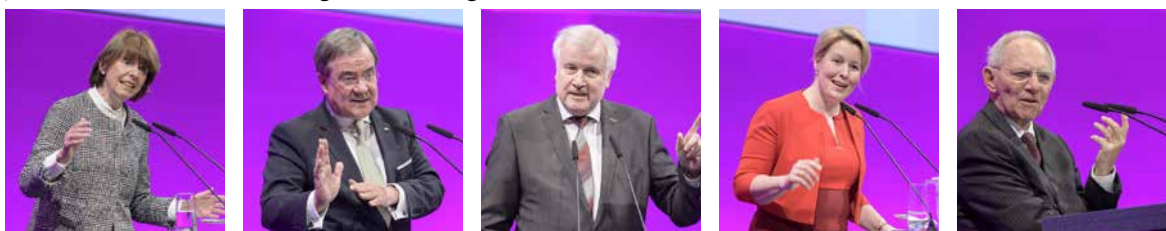


Der Schlüssel ist MuZ!

Jahresauftakt in hochkarätiger Besetzung



Der Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) startet das Jahr mit einem besonderen Versprechen, nämlich sich für ein zentrales Melderegister für Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst einzusetzen. Dies sagte er bei der dbb Jahrestagung, die traditionell in Köln stattfand. Der VBE war mit einer starken Delegation von über 30 Teilnehmenden vertreten. Seehofer verriet außerdem das Geheimnis seines Erfolgs, was ihn immerhin schon zum Mitglied von sieben Regierungen gemacht hat: MuZ – Mut und Zuversicht. Dieses wünscht er auch den Anwesenden für das gerade begonnene Jahr. Auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker ließ es sich als 1. Bürgerin der Stadt nicht nehmen, die am 6. und 7. Januar 2020 zusammen gekommenen Mitglieder und Funktionäre des dbb, seiner Fachgewerkschaften und Landesbünde zu begrüßen. Sie sprach von den diametralen Dynamiken in der Gesellschaft. Während einerseits für Werte eingestanden und auf konstruktive Lösungen zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes gedrängt werde, sehe sie andererseits das Miteinander durch die Verrohung der Gesellschaft in Gefahr. Sie plädierte als Lösungsansatz dafür, den Dialog zu fördern und Respekt zur unumstößlichen Basis des Zusammenlebens zu erhalten.

Respekt und Wertschätzung forderte auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in seiner gewerkschaftspolitischen Ansprache ein – für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes. Dazu gehöre auch eine angemessene Personalausstattung. Wenn nämlich, wie in der letzten dbb Bürgerbefragung 2019 identifiziert, 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger denken, dass der Staat mit seinen Aufgaben überfordert ist, führe dies zu einem Vertrauensverlust. Und noch schlimmer: Der Personalmangel im Bildungsbereich provoziere eine Abwärtsspirale gerade im Bereich der (gelebten) Werte. Wenn es hierfür nicht ausreichend Personal und Zeit gibt (wie die **VBE Umfrage** zu diesem Thema zeigt), wird eine Vermittlung von Werten immer schwieriger, was wiederum eine weitere Verrohung der Gesellschaft nach sich ziehe.

Weiterer Grußredner war der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet (CDU). In launigen Diskussionsrunden wurde anschließend über die Wiedervereinigung und die Beteiligung Jugendlicher am politischen Prozess gesprochen. Impulse für die Runden lieferten der Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) und die Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD).

Ausführliche Berichte zur Tagung finden Sie auch auf der Seite des dbb beamtenbund und tarifunion:
<https://www.dbb.de/der-dbb/events/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2020.html>

VBE Seniorenvertretung: Engagiert bei den Themen Lernen und Wohnen im Alter

„Wohnen im Alter – unbezahlbar in der Stadt oder verlassen auf dem Land?“ Dieser Frage widmete sich die 5. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb-Bundesseniorenvertretung am 21. Oktober 2019 in Berlin. Dass das Thema eine hohe Relevanz hat, verdeutlichten auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus der VBE Seniorenvertretung, die an den drei Fachvorträgen und der Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen, zukunftsorientierten Modellen und Lösungen teilnahmen.

Unter dem Motto „Gemeinsam lernen: analog und digital“ veranstaltete die Servicestelle der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen BAGSO am 20. November 2019 ihre Fachtagung. Der Bundessprecher der VBE Seniorenvertretung, Max Schindlbeck und sein Vertreter, Gerhard Kurze, nahmen an der Veranstaltung teil, die sich in Vorträgen und Fachforen vor allem der Frage widmete, wie Ältere sich leichter an Lern- und Bildungsangeboten beteiligen können.



Teilnehmende der VBE Seniorenvertretung auf der 5. Seniorenpolitischen Fachtagung der dbb-Bundesseniorenvertretung

Gemeinsam stark – Frauen im VBE

Über die Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens als Frauenvertretung diskutierten die VBE Landesfrauenvertreterinnen aus allen Bundesländern Ende November 2019 auf ihrer Jahrestagung in Berlin. Dazu tauschten sie sich mit der Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann (SPD), die auch stellvertretende dbb Bundesvorsitzende ist, aus und mit Milanie Hengst. Sie ist Bundesvorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung (Deutsche Steuergewerkschaft) und Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundesfrauenvertretung. Sie referierte über den Zugang zu Führungspositionen, die Anrechnung von Teilzeiten und Beurlaubungen auf die Pension und ein familienfreundliches Steuerrecht. Ein weiteres Thema der Tagung war die momentane Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung in der Grundschule. Hierzu stellte Marion Binder (Leiterin der Referatsgruppe Bildung und Betreuung von Kindern im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) aktuelle Berechnungen und unterstützende Bundesprogramme vor.

Der VBE Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, leitete nach seinem Bericht über die aktuellen Themen im VBE die Wahl der Geschäftsführung auf Basis der neu verabschiedeten, eigenen Geschäftsordnung der VBE Frauenvertretung. Jutta Endrusch wurde einstimmig als Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig gewählt wurden Tanja Küsgens (Nordrhein-Westfalen) als Stellvertreterin und Lena Köhler (Niedersachsen) sowie Astrid Geisselbrecht (Niedersachsen) als weitere Mitglieder der Geschäftsführung.

VBE im Gespräch: MdB Oliver Kaczmarek, SPD

Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, traf Ende November 2019 den Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek. Er ist Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion und auch Mitglied des Bildungsausschusses im Bundestag.

Die Bildungsthemen auf der Bundesebene nehmen durch die Mitfinanzierung des Bundes von gesellschaftlich relevanten Projekten stetig zu. So wurde nicht nur über den Digitalpakt (und dessen mögliche Weiterführung) und den Nationalen Bildungsrat (und dessen Scheitern) gesprochen, sondern vor allem über den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung in der Grundschule. Hier machte der VBE Bundesvorsitzende zunächst deutlich, dass es vor allem auf die Qualität des Ganztags ankomme und diese durch pädagogische Fachkräfte geleistet werden müsse. Deshalb ist der Fachkräftemangel ein wesentlicher Faktor für alle weitergehenden Überlegungen bezüglich des Rechtsanspruches. Kaczmarek fokussierte in seinen Ausführungen auf die nächsten Schritte. Demnach brauche es einerseits Finanzierungszusagen und andererseits die Reform des SGB VIII (Achttes Buch Sozialgesetzbuch), um dort den Anspruch zu postulieren.

Außerdem sprachen die beiden über die Lehrerbildung in Deutschland. Interessant: Kaczmarek bemängelte, dass das Wissenschaftssystem kaum Anreize setze, Lehrkräfte auszubilden, da dies zum Beispiel kein Faktor für die Bewerbung zur Exzellenz-Universität sei. Die Gesprächspartner waren sich abschließend darin einig, dass zudem nicht nur die Kapazität der Studienplätze erhöht werden müsse, sondern die Lern- und Lehrbedingungen ansprechend bleiben müssen. Entsprechend hatte sich der Junge VBE mit einem **Antrag in der VBE Bundesversammlung** im November eingebracht.



v. l.: Ronya Othmann, Wertebotschafterin GermanDream, Miriam Federgreen, Bildungsreferentin GermanDream, Torsten Wahl, Landesvorsitzender VBE Sachsen-Anhalt, Jeannine Thieme, VBE Sachsen-Anhalt

#DreamDuo: VBE Sachsen-Anhalt und GermanDream initiieren ersten gemeinsamen Wertedialog

Als erster VBE Landesverband hat der VBE Sachsen-Anhalt am 10. Dezember 2019, also nur wenige Tage nach Bekanntgabe der bundesweiten **Kooperation** zwischen dem VBE und der Bildungsinitiative **GermanDream**, einen Wertedialog realisiert. Die Veranstaltung fand mit Schülerinnen und Schülern aus den Klassenstufen 8 bis 10 der Ganztagschule „Albert Schweitzer“ Aschersleben statt. Als Wertebotschafterin nahm Ronya Othmann die Jugendlichen mit auf eine Zeitreise in die Heimat ihres Vaters, eines kurdischen Jesiden in Syrien. Sie schilderte das Leben der unterdrückten und den Menschenrechten beraubten Minderheit in Syrien. „Wie wäre es, wenn ihr die Sprache, mit der ihr aufgewachsen seid, weder schreiben noch sprechen dürftet?“, fragte sie. Dies war nur ein Denkanstoß, der eine intensive

Diskussion unter den Schülerinnen und Schülern zu Meinungsfreiheit, Diskriminierung und Sicherheit entfachte. Der direkte Austausch sensibilisierte das Bewusstsein bei den Teilnehmenden, dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich sind und wie bedeutsam es ist, die Werte und die damit verbundenen Chancen des Grundgesetzes zu verteidigen. „Der Wertedialog hat auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie wichtig Kindern und Jugendlichen die Werte unseres Grundgesetzes sind (vgl. **Wertestudie des VBE**) und wie es gelingen kann, diese Werte erlebbar zu machen“, so Torsten Wahl, Landesvorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt. An einem Wertedialog interessierte Schulen können sich gerne an ihren jeweiligen **VBE Landesverband** wenden.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE